Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

30.5.1924 (No. 126)

Visual Library

№ 126 Freitag, den 30. Mai 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Wirtschaftliche Umschau

Weiter schwebt die deutsche Wirtschaft zwischen **Szylla und Charybdis.** Auf der einen Seite die schweren Gefahren der sich steigenden **Kreditnot,** auf der andern bei Loslassung der Kreditbremse die drohende **Inflation.** Die deutsche Wirtschaft gleicht einem Schiff in einem unendlich schwierigen und gefährlichen Fahrwasser. Sie weiß, daß sie nicht hinausfahren kann auf die freie See, bevor sie das Licht der Regelung der Reparationsfrage erblickt, sie muß aber auch sehen, daß sie überall an den zahllosen Klippen schon vorher scheitern kann, wenn nicht aufs vorsichtigste navigiert wird und wenn nicht Führung und Mannschaft an Ruder und Takelwerk unausgesetzt und selbstaufopfernd tätig sind.

Immer und immer wieder ist Orientierung über unsere tatsächliche Situation erforderlich; nur ein offenes Eingestehen unserer Lage kann uns die Gefahren erkennen lassen. Mit Anklagen lediglich gegen die Finanzpolitik des Reichs ist es nicht getan. Das deutsche Zentralnoteninstitut, die **Reichsbank,** ist gewissermaßen mit einem **Speicherkraftwerk** zu vergleichen, das **Spitzenstrom** liefert, wenn die anderen regulären Kraftwerke Banken, Sparkassen usw. zur Geldversorgung der deutschen Wirtschaft dessen bedürfen. Es ist nicht mehr so einfach, wie in der Inflationszeit, wo die Reichsbank kurzer Hand die Notenpresse in Bewegung setzte und ein Geldsurrogat auf den Markt warf, das täglich schlechter werden mußte, bis endlich im Herbst vorigen Jahres dieses System zusammenbrach. Die Wirtschaft, die eigentlich ganz unlogischerweise damals immer nach **Freiheit vom Staat** rief, hat jetzt diese Freiheit und jetzt muß sie logisch auch deren Pflichten übernehmen, d. h. sie muß einsehen, daß der Staat weder auf die Dauer in der Lage ist, wie ja das Ende der Inflationsperiode gezeigt hat, sie zu finanzieren, noch daß das überhaupt seine Aufgabe sein kann.

*

Die Inflationszeit hat verschiedentlich Gedankeneinstellungen geschaffen, von denen sich weite Kreise noch immer nicht ganz losgemacht haben. Falsch ist es, wie gesagt, anzunehmen, daß der Staat immer und überall zu helfen imstande und dafür auch da sei. Vorläufig ist es immer noch so, daß der Staat nichts anderes ist, als die Organisation der Gesamtheit der Bürger, die **Privatwirtschaft** treiben und damit auch den Staat erhalten müssen. Wenn es in der Inflationszeit anders schien, so war dies eine Krankheitsperiode, welche die redlich arbeitenden Staatsbürger wohl nicht gerne zurücksehnen werden. Falsch ist es auch, darauf zu hoffen, daß es irgend eine **aufbauwillige** deutsche Regierung geben könne, die durch ein allgemeines Moratorium entschlossen wäre, den Kredit Deutschlands zu vernichten. Und falsch ist demgemäß das Festhalten an den Warenbeständen, an dem Grundsatz „kleiner Umsatz, großer Nutzen", an der Einkalkulierung der in der Inflationszeit geschaffenen Neuanlagen zum Goldwert. Heute muß es für den weitblickenden und noch aktionsfähigen Geschäftsmann heißen: Abstoßung aller unrationell großen Warenbestände, wenn es not tut, zum Selbstkostenpreis, großer und rascher Umsatz, großer Nutzen, los von der Sachwirtschaft, hinein in die Geldwirtschaft! Wer die Notwendigkeit dieser Umstellung zuerst erkennt, und — imstande ist, die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen, wird wahrscheinlich wohl am besten fahren. Bei stabiler Währung ist es nicht kaufmännisch, unverhältnismäßig hohe Summen in Warenvorräten festzulegen, die Substanz zu überschätzen und den Ertragswert zu unterschätzen. Nachdem wir weiterhin zur nahezu vollen Zuteilung auf dem Devisenmarkt gekommen sind, ist es auch nicht mehr reell, wenn der Großhandel eine Risikoprämie für Repartierung einkalkuliert.

*

Im übrigen wird die **Entwicklung und Logik der Dinge** im Verein mit den Maßnahmen der Reichsbank und den Krediten der Golddiskontbank und der aus all dem resultierenden Besserung des Devisenmarktes auch vieles erzwingen, was not tut. Vielfach sind bereits offen Warenpreissenkungen eingetreten, was u. a. die Ausverkaufspreise im Detailhandel und überhaupt dessen verschiedenartige Preisgestaltung zeigen. Vielfach werden auch offiziell vom Großhandel festgehaltene Preise unter der Hand unterboten. Man sieht eben verschiedentlich bereits ein, daß die hohen Preise mehr von der Substanz aufzehren, als selbst eine nicht gewinnbringende Abstoßung übermäßiger Warenvorräte. Der eine Keil wird, wenn diese Entwicklung ihren zu erwartenden Gang weitergeht, den andern treiben, man wird vorsichtiger werden bei der Anlage in Warenbeständen und demgemäß werden hoffentlich auch mehr Depositen den Kreditanstalten zufließen, die es wahrlich brauchen können.

Eine **endgültige** Besserung wird freilich erst eintreten, wenn wir eine Währung haben, die mittels der Diskonterhöhung eine natürliche Kreditregelung gestattet. Erst eine **auf Gold gestellte und in Gold einlösbare Währung** mit Noteneinlösungspflicht öffnet der deutschen Wirtschaft wieder endgültig den Weg zu den **internationalen Kapitalmärkten.** Mittels der Diskonterhöhung kann dann automatisch der Goldabfluß nach dem Ausland reguliert, der inländische Kreditbedarf zurückgeschraubt und ausländische Kredite herangezogen werden. Der deutsche Geldmarkt wird mit seinen schwachen Kräften dann nicht **mehr so isoliert** dastehen wie bisher, trotz des Hilfsmittels der Golddiskontbank und der verschiedenen Auslandskredite. Damit kommen wir wieder zum Anfang unserer heutigen Ausführungen, daß erst die Regelung der Reparationsfrage, die uns auch die Goldnotenbank bringen soll, und den „Weg ins Freie" zeigen wird. ***

Die Regierungsbildung im Reich

Noch völlig ungeklärte Lage

Der mit der Kabinettsbildung beauftragte bisherige Reichskanzler Dr. **Marx** versucht weiter ein Kabinett auf breitester bürgerlicher Grundlage unter Einschluß der Deutschnationalen zu bilden, nachdem die Deutschnationalen sich zur Mitarbeit bei der Regierungsbildung bereit erklärt haben. Ein Ergebnis der Verhandlungen ist bisher noch nicht bekannt geworden. Auch die Angaben der Presse über als Reichsminister in Aussicht genommene Persönlichkeiten beruhen, wie wir erfahren, auf Kombinationen. Am Himmelfahrtstag sind mit Rücksicht auf den Feiertag und die heutigen Fraktionssitzungen offizielle Verhandlungen nicht geführt worden. Es haben nur politische Unterhandlungen nichtamtlicher Natur stattgefunden.

*

Daß man von einer **Einigung noch weit entfernt** ist, bestätigt die „Deutsche Tageszeitung", wenn sie die gegenwärtige Lage folgendermaßen präzisiert: „Die Deutschnationale Volkspartei hat ihren bisher vertretenen Standpunkt in keiner Weise aufgegeben. Nach wie vor hält sie daran fest, daß in der neuen Regierung die **Rechtswendung,** die das Wahlergebnis vom 4. Mai gebracht hat, voll **zum Ausdruck kommt,** wie das auf andere Felde in der Wahl des deutschnationalen Reichstagspräsidenten geschehen ist. Wenn sie also wirklich, was bis zur Stunde überaus zweifelhaft erscheint, schließlich in ein Kabinett mit dem Reichskanzler Marx eintreten sollte, dann könnte es sich nur um eine Kombination handeln, bei der die **Spitze** der Regierung die Tatsache einer **grundsätzlichen Umdrehung** des Steuers nach rechts in **keiner Weise verwischen** würde".

Das „Berliner Tageblatt" wendet sich **gegen** die **Unterstützung** einer solchen Regierung durch die **Demokraten.** Das Blatt schreibt im Anschluß an die verschiedenen Kombinationen über die Zusammensetzung der neuen Regierung u. a. folgendes: „Sollte dieses oder ein ähnliches Kabinett zustandekommen, so wäre ebenso mit einer **Gefährdung des Verfassungsstaates** wie mit einer schweren Schädigung der **außenpolitischen** Interessen des Reiches zu rechnen. Die deutschnationale Presse hat ja selber wiederholt in mehr oder minder geschmackvollen Ausdrücken erklärt, daß der Eintritt der Demokraten in eine neue Regierung völlig überflüssig sei. In der Tat kann und darf die Teilnahme der Deutschen Demokratischen Partei an einer Regierung, wie sie geplant wird, unter keinen Umständen in Frage kommen".

Anträge der Deutschen Volkspartei

Die **Deutsche Volkspartei** hat im **Reichstag** den Antrag eingebracht, den Artikel III der Reichsverfassung durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „Die Reichsfarben sind **schwarz-weiß-rot".** Ferner beantragt die Fraktion, in Artikel 22 der Reichsverfassung das **Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen,** und in einem weiteren Antrag wird die Einsetzung eines Ausschusses des Reichtages von 28 Mitgliedern gefordert, der den Auftrag erhalten soll, die **Reichsverfassung** mit Rücksicht auf die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen, insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen dem Reich und den Ländern auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verfassung **einer Nachprüfung** zu unterziehen. (Diese Anträge bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit.)

Reichspräsident Ebert, der am Samstag zur Eröffnung der Jahresschau deutscher Arbeit nach Dresden fahren wollte, hat, laut „B. Lok.-Anz." dem Oberbürgermeister von Dresden telegraphisch mitgeteilt, daß er angesichts der politischen Lage und der Beratungen über die Regierungsneubildung von diesem Besuche Abstand nehmen müsse.

Kommunistischer Hungerstreik. Nach einer Blättermeldung haben die am 25. Mai bei einer Sitzung in **München** verhafteten **Kommunisten** gegen ihre Verhaftung Beschwerde erhoben. Da die Polizeibehörde die Erledigung der Beschwerde verzögerte, traten sämtliche Verhaftete, mit Ausnahme von Dr. Frank, in den **Hungerstreik.**

Präsidentenwahl im Reichstag

Wallraf Reichstagspräsident

Bei der Präsidentenwahl im Reichstag wurden am Mittwoch 434 Stimmen abgegeben. Davon erhielten **Wallraf** (Dn.) 202 Stimmen, **Löbe** (Soz.) 107, **Fehrenbach** (Z.) 63, **Thälmann** (K.) 47, Frau **Böhm** (Dn.) 1 Stimme. Ferner wurden 14 weiße Zettel abgegeben. Da die absolute Mehrheit 218 Stimmen beträgt, wurde ein **zweiter Wahlgang** notwendig. In diesem wurde der Abg. **Wallraf** (Dn.) mit 227 Stimmen zum **Präsidenten** gewählt. Für **Löbe** (Soz.) wurden 151 Stimmen abgegeben. Außer den 40 Zetteln, die auf den Namen des Kommunisten Thälmann lauteten, waren noch 17 weiße Zettel ungültig.

*

Die Präsidentenwahl im Reichstag, an sich schon wegen des Namenaufrufs ein sehr umständliches Geschäft, begegnete noch besonderen Schwierigkeiten, weil es wegen der Kürze der Zeit und der ungelösten Regierungskrise **nicht** gelungen war, unter den Parteien eine **Verständigung** über die Kandidaten herbeizuführen. Daß der Wahlakt selbst von kommunistischen Störungen fast ganz unbehelligt blieb, war das Verdienst des sozialdemokratischen Abg. **Löbe,** des bisherigen Präsidenten. In einer kurzen geschickten Bemerkung zur Geschäftsordnung verstand er es, die Kommunisten sofort zur Ruhe zu bringen und ihnen klar zu machen, daß die baldige Befreiung ihrer verhafteten Fraktionskollegen von der raschen Konstituierung des Parlaments unmittelbar abhänge. Für **Wallraf** stimmten im ersten Wahlgang die Deutschnationalen, die Völkischen der verschiedenen Richtungen, die Wirtschaftliche Vereinigung, die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei. Fehrenbach erhielt die Stimmen des Zentrums und eines Teils der Demokraten, Löbe die der Sozialdemokraten und einiger Demokraten. Die Kommunisten stimmten für ihren Kandidaten Thälmann. Bei der **Stichwahl** traten die Demokraten geschlossen für Löbe ein, vom Zentrum etwa 35 Mann, der Rest in das Lager Wallraf über, während die Kommunisten ungültige Zettel abgaben.

Der neue Präsident nahm sein Amt mit einer kurzen Rede an, in der er die Wahrung der Würde des Hauses und gerechte Geschäftsführung verhieß, zugleich aber auch andeutete, daß er systematischen Störungsversuchen energisch entgegentreten werde. Bei der Wahl der **Vizepräsidenten** wurden dieselben Abgeordneten gewählt, die diese Würde im alten Reichstag bekleidet hatten. **Dittmann** für die Sozialdemokraten, Dr. **Bell** für das Zentrum und Dr. **Rießer** für die Deutsche Volkspartei. Es scheint, daß die Mehrheit des Hauses bei der Bildung des Vorstandes sowohl die Kommunisten wie die Nationalsozialistische Völkische Freiheitspartei ausschließen will.

Zu langatmigen **Geschäftsordnungsdebatten gaben die kommunistischen und völkischen Anträge** Anlaß, welche die Entlassung der in Haft befindlichen Abgeordneten verlangen. Es handelt sich um den noch in Festungshaft befindlichen völkischen Abg. **Kriebe** (München) und eine Reihe von **kommunistischen Abgeordneten,** die erst in den letzten Tagen zum Teil in München, zum Teil in Norddeutschland festgenommen worden sind. Als es endlich zur Abstimmung über die Anträge kam, zeigte sich, daß nur die Völkischen, die Kommunisten und die Sozialdemokraten dafür waren; von den übrigen Parteien erhob sich nur Dr. Wirth dafür. Die Anträge wurden schließlich mit 189 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Auf Initiative des Abg. Löbe wurden die Anträge dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, der sie beschleunigt verabschieden soll.

Eine Alliierten-Note zur Militärkontrolle

Havas meldet: Die **Antwort der Botschafterkonferenz** auf die Anfangs April überreichte **deutsche Note** betr. die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrollen ist, dem deutschen Botschafter **v. Hoesch** zur Weitergabe an die deutsche Regierung überreicht worden.

Über ihren Inhalt teilen die Pariser Blätter mit: Die Botschafterkonferenz halte in der neuen Note unverändert an der der deutschen Regierung bereits Anfang März bekanntgegebenen Auffassung fest, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages sowohl in Bezug auf die **Ablieferung des Kriegsmaterials** wie hinsichtlich der **Rekrutierung und Ausbildung der Reichswehr noch keineswegs restlos erfüllt** habe. Angesichts dieser Tatsache und der mehr als einjährigen Unterbrechung der Kontrolle halte die Botschafterkonferenz diese nach einer **Generalinspektion** über den gegenwärtigen Stand der deutschen Rüstungen aufrecht. Die Note gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland die Gelegenheit benutzen werde, einen Beweis seines guten Willens zu geben und der **durch die interalliierte Militärkommission** durchzuführende **Enquete kein Hindernis in den Weg legen werde.** Erst wenn diese Generalinspektion durchgeführt und ihr Ergebnis befriedigend sei, seien die Alliierten bereit, die Tätigkeit der Kommission Nollet auf die Untersuchung über die bekannten fünf Punkte (Reorganisation der Polizei, Umwandlung der Rüstungsfabriken, Ablieferung des restlichen Kriegsmaterials, Auslieferung der Akten über den Bestand an Kriegsmaterial beim Waffenstillstand und Nachprüfung der deutschen Militärgesetzgebung) zu beschränken. Sobald diese fünf Punkte endlich eine befriedigende Regelung erfahren haben, werde die alliierte Kontrollkommission die Aufgabe der militärischen Überwachung Deutschlands gemäß Artikel 213 des Friedensvertrages dem **Völkerbund** überlassen. Danach wäre also die noch in der Note vom 5. März erhobene Forderung, daß an Stelle der Kommission Nollet zunächst ein interalliiertes Garantiekomitee treten soll, endgültig fallen gelassen.

Mit einer Beilage: 12. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zur Frage des Abbaus des Arbeitsministeriums

Unter dieser Überschrift äußert sich ein badischer Mitarbeiter der „Kölnischen Volksztg.", des bekannten Hauptorgans der rheinischen Zentrumspartei in der Nr. 307 vom 25. Mai wie folgt:

„Daß gerade im Zentrum die Fortführung der sozialen Aufgaben des Ministeriums und die Sicherstellung der Arbeitnehmerinteressen auch für den Fall der Aufteilung des Ministeriums eine Selbstverständlichkeit ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Allein man wird sich auf Seiten der Sozialdemokratie vergeblich bemühen nachzuweisen, daß die Wahrnehmung der sozialen Aufgaben des Arbeitsministeriums etwa durch eine Soziale Abteilung beim Ministerium des Innern nicht ebenso gut wie seither würde erfolgen können. Irgend welche Bedenken in dieser Hinsicht sind umso unbegründeter, als der Leiter des Innenministeriums wie der des Arbeitsministeriums der Sozialdemokratie angehört und als die in Rede stehenden Aufgaben so gut wie von denselben zum Innenministerium übertretenden Kräften versehen werden könnten. Der Einwand: wenn eine solche Soziale Abteilung beim Innenministerium, die der besonderen Leitung eines Ministerialdirektors unterstellt werden sollte, gebildet wird und im übrigen eine Aufteilung des Arbeitsministeriums erfolgt, wo bleibt dann die Ersparnis? ist deshalb hinfällig, weil in mehr als einem Falle bei der Aufteilung eine Einsparung von Beamten möglich wäre. Überdies baut sich ein Teil der Aufgaben des Arbeitsministeriums (z. B. Wohnungswesen) von selbst ab, wie anderseits Einsparungen deshalb nicht leicht erreicht wären, weil mit entsprechend vorgebildeten Beamten besetzte Referate bei den für die Übernahme des Geschäftskreises des Arbeitsministeriums vorweg in Betracht kommenden Ministerien des Innern und der Finanzen bereits vorhanden sind. Eine Aufteilung in der Form, daß etwa das Innenministerium die gesamten Arbeitsschutz- und Versicherungsfragen samt der restlichen Abwickelung der Wohnungsgesetzgebung, das Finanzministerium die Siedlungs- und Baufragen sowie unter entsprechender Einschaltung der neben dem Arbeitsministerium bestehenden Wasser- und Straßenbaudirektion übernehme, wäre durchaus diskutabel.

Eine sehr wesentliche Rolle spielen jedoch in der ganzen Frage politische Gesichtspunkte. Mit dem Wegfall des Arbeitsministeriums verlöre die Sozialdemokratie einen Sitz im Kabinett, das dann aus vier Mitgliedern des Zentrums, zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten bestände. An die Stelle des bisherigen Stimmenausgleichs (vier Zentrums- zu vier sozialdemokratischen und demokratischen Stimmen) trete dann eine Zentrumsmajorität. Nun ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß das Zentrum die Frage der Aufhebung des Arbeitsministeriums, deren sachliche Notwendigkeit feststeht, nicht an der politischen Machtfrage scheitern ließe, sondern auf einen ihm gehörigen Staatsratssitz Verzicht leisten würde. Damit wäre das bisherige Ausgleichsverhältnis hergestellt und eine politische Sorge auch bei den stets vor einer Zentrumsübermacht bangenden Demokraten behoben, die bereits ihrem bedrängten Herzen zugunsten der Beibehaltung des Arbeitsministeriums in der Frankf. Ztg. Luft machten.

Eines allerdings sollte für eine solche Verzichtleistung des Zentrums unbedingte Voraussetzung sein: Der Stimmentscheid des Staatspräsidenten müßte dem Zentrum dann dauernd, d. h. einstweilen bis zur Landtagswahl 1925, gesichert bleiben. Bei der Stellung des Zentrums in Baden und angesichts der trotz des geringfügigen Stimmenverlustes starken Vertrauenskundgebung seiner Wähler bei der Reichstagswahl wäre der Verzicht auf einen Sitz im Kabinett ohne diese Gegenleistung, die in keinem Verhältnis zu dem Verzicht steht und nur eine Verlängerung des gegenwärtigen Verhältnisses (das Zentrum stellt in diesem Jahr den Staatspräsidenten) bedeutete, der Wählerschaft gegenüber nicht zu verantworten. Davon abgesehen, könnte man sich bei dieser Gelegenheit auch in Baden endlich zu der durch und durch demokratischen Auffassung durchringen, daß eine Partei von dem beträchtlichen Übergewicht des Zentrums in Baden (doppelte Mandatszahl gegenüber der zweitstärksten Fraktion der Sozialdem.) auch das Recht der Repräsentation der Regierung durch den Staatspräsidenten zukommt. Der Turnus, in welchem alljährlich das Amt des Staatspräsidenten unter den Koalitionsparteien wechselt, ist nicht zuletzt im Hinblick auf das mit dem Kabinettsvorsitz verbundene Recht des Stimmentscheids, eine Verkennung demokratischer Grundsätze, ganz zu schweigen davon, daß sachlich insofern alles gegen diesen Turnus spricht, als irgend welche großzügigere Aufgaben auch nach der repräsentativ-formalen Seite bei einjähriger Amtsdauer der Präsidentenschaft überhaupt unausführbar sind."

Der „Bad. **Beobachter**", das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei, welcher die vorstehende Stimme eines badischen Gesinnungsgenossen ebenfalls abdruckte, bemerkt hierzu: „Wir glauben nicht, daß gegen die hier gemachten Vorschläge sachliche Einwände erhoben werden können. Aber auch parteipolitisch betrachtet, enthalten sie nichts, was man nicht vom Standpunkt eines gerechten Ausgleiches unter den Koalitionsparteien vertreten werden könnte."

Zu den letzten Vorgängen in der Pfalz schreibt der „Manchester Guardian", die **Bullenbeißernatur des Generals de Metz** komme von neuem darin zum Ausdruck, daß er sich das Recht anmaße, die Freilassung von Gefangenen und Gewährung von Rückkehrgesuchen bis auf weiteres abzulehnen. Die Verhältnisse in der Pfalz seien noch keineswegs normal, es scheine vielmehr für einen **neuen Besuch eines unparteiischen interalliierten Ausschusses** reichlich Anlaß zu bestehen.

Die Kohlenversorgung Süddeutschlands

Ein Notruf Mannheims

Die **Handelskammer Mannheim** legt in einem längeren Artikel an die Presse, die **Stockung der Ruhrkohlenversorgung Süddeutschlands über Mannheim** und deren **Ursachen und die daraus entstehenden Schädigungen und Gefahren dar.** Es handelt sich um eine Angelegenheit, die nicht nur für Mannheim und Baden, nicht nur für Süddeutschland und das Ruhrgebiet, sondern für unsere **gesamte deutsche Volkswirtschaft** von der **allergrößten Bedeutung** ist. Dies dürfte aus den im nachstehenden wiedergegebenen Darlegungen ohne weiteres hervorgehen:

Einleitend wird geschildert, wie Mannheim der große Umschlagsplatz für Ruhrkohle u. der Kohlen-Tresor für ganz Süddeutschland wurde. Im Vorkriegsjahr 1913 kamen in Mannheim insgesamt ca. 3,5 Millionen Tonnen Kohle an, wovon sofort ca. 1 Million Tonnen vom Schiff auf die Eisenbahn umgeschlagen wurden. Der Rest wurde in Mannheim verbraucht, fuhr zu einem Teile zu Berg weiter, blieb aber größtenteils in Mannheim auf Lager zur Verfügung der Verbraucher liegen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, die ganze Industrie und darüber hinaus auch die Versorgung des Hausbrands, sei von der Leistungsfähigkeit der Rheinschiffahrt und den oberrheinischen Hafenplätzen abhängig gewesen. Die damals **badischen Staatseisenbahnen** unterstützten durch besondere Ausnahmetarife, welche ab Umschlagsplatz Gültigkeit hatten, die Rheinschiffahrt und erhielten dadurch reiche Transporte von dieser zugebracht.

Heute haben sich die Verhältnisse von Grund auf geändert. Der Umschlag von Ruhrkohlen in den oberrheinischen Häfen ist **auf ein Minimum zurückgegangen.** Ruhrkohlen auf dem Rhein sind eine Seltenheit geworden oder aber es handelt sich meistens um sogenannte „Reparationskohlen". Die Brikettfabriken und Kokereien liegen größtenteils still, und die Lagerplätze werden nicht aufgefüllt. Alle die großzügigen Umschlagseinrichtungen sind unbenutzt, verrosten und werden unbrauchbar. Die Unternehmungen mit ihrer Arbeiterschaft, welche von dem Hafenbetrieb lebten, müssen zusehen wie ihre Anlagen verkommen, ihre Kapitalien verloren gehen und sind nicht in der Lage sich zu helfen. Ein **ganzes Jahr** hindurch verhinderten die **gewaltsame Besetzung** und die deutschen Gegenmaßnahmen **fast jeglichen Schiffsverkehr,** so daß beispielsweise der Gesamtverkehr im Mannheim-Ludwigshafener Hafengebiet von 9,9 Millionen Tonnen auf 1,2 Millionen Tonnen und der in den Nachkriegsjahren zunächst stark gesteigerte Kohlenverkehr von ca. 6,9 Millionen Tonnen auf 0,6 Millionen sank. Nach Aufhebung des passiven Widerstandes hoben sich die Zahlen zwar etwas, doch betreffen sie hauptsächlich Reparationskohlen und Lieferungen für Verbraucher, deren Betrieb unmittelbar am Rheine selbst liegt. Der **Umschlagsverkehr** und die **Lagerversorgung** — die Hauptsache der Hafenbetriebe — **liegen fast völlig darnieder.**

Die Mannheimer Handelskammer erklärt dann, daß es ein Fehlschluß wäre, wollte man ohne weiteres der französisch-belgischen Besatzung die Schuld hieran zuschreiben. Gewiß ist sie die Ursache des Übels, aber man hätte von Reichswegen längst **Abhilfemaßnahmen** erwarten sollen, besonders im Hinblick darauf, daß solche ohne Mithilfe der Besatzungsbehörden möglich wären, und man nicht müde wird immer und immer wieder die Hilfsbereitschaft des Reichs für die besetzten Gebiete zu betonen.

Die **Schuld an dem Stilliegen der Rheinschiffahrt und der Untätigkeit der Umschlagsbetriebe** ist in folgendem zu suchen:

Als der passive Widerstand aufgehoben wurde, und der Ruhrkohlenhandel an sich wieder die Möglichkeit gehabt hätte, seine alten Absatzgebiete zu beliefern, mußte er die Erfahrung machen, daß in der Zwischenzeit **Oberschlesien Süddeutschland** als Absatzgebiet an sich gerissen hatte, während in der **Schweiz** und in **Italien** sich **oberschlesische, saarländische und französische Kohlen** um die Vorherrschaft stritten. Den Konkurrenzkampf aufzunehmen war dem Ruhrbergbau nicht möglich, weil seine **Kohlenpreise** durch die Opfer, welche für das übrige Deutschland gebracht werden mußten, zu hoch waren. Die Verhältnisse beschäftigen sich noch, als der Ruhrbergbau neue Lasten durch die **Micum-Verträge** auf sich nehmen mußte und auch die Frachtverhältnisse sich durch die Bildung der Regiebahn verschlechterten. Das Ruhrgebiet hat für Deutschland ganz ungewöhnliche Opfer gebracht und bringt sie noch heute, sieht sich aber jetzt, mitsamt der von ihr abhängenden Rheinschiffahrt und den Umschlagshäfen **langsam zugrunde gehen,** weil die ihm aufgezwungene Preisbildung **keine Konkurrenz** mit der größtenteils polnischen Kohle Oberschlesiens zuläßt.

So erklärt sich die an sich unmögliche Tatsache, daß Baden und selbst Mannheim und **Karlsruhe** — ehemals fast Filialen des Ruhrkohlenhandels zu nennen — sich **billiger mit oberschlesischer Kohle versorgen können,** als mit Erzeugnissen des Ruhrgebiets. Die deutsche Reichsbahn begünstigt noch die oberschlesischen Kohlentransporte, indem sie auf ungeheure Entfernungen bis zu 1200 Kilometer die fallende Frachtpreisstaffel des Kohlenausnahmetarifs 6 gewährt. Alle die gewaltigen Anlagen und Einrichtungen werden nicht mehr gebraucht und die Lagerplätze nicht aufgefüllt, weil ein Verkauf von Ruhrkohle nicht erwartet werden kann. Süddeutschland erhält seine Kohlen von Oberschlesien und hat den Vorteil, sie von der Reichsbahn zu einem Frachtsatz befördert zu erhalten, der die **Selbstkosten der Bahn nicht einmal deckt.**

Wie ist hier nun Abhilfe zu schaffen? Nur durch ein Entgegenkommen der Reichsbahn in der frachtlichen Behandlung der Ruhrkohle.

Das Ruhrgebiet und die oberrheinische Hafenplätze Mannheim und Karlsruhe haben immer wieder die endliche Einführung des **Wasserumschlagstarifs** 6u gefordert, der zu Zeiten wesentlich günstigerer Lage des Ruhrkohlenhandels im Jahre 1922 vom Reichseisenbahnrat als unbedingt erforderlich erklärt und zur Einführung bestimmt worden war. Der Tarif sollte als Ausnahmetarif ab den Umschlagshäfen Geltung haben, so daß **den zu Schiff angekommenen und auf die Eisenbahn umgeschlagenen Kohlen ermäßigte Frachtsätze bis zum Bestimmungsort** gewährt worden wären. Die eintretende Besetzung und der passive Widerstand machten damals die Einführung nicht möglich. In den heutigen, für Ruhrgebiet und Schiffahrt unendlich viel schwieriger gelagerten Verhältnissen, verlangen die Intressenten von der Reichsregierung nichts mehr als diesen Ausnahmetarif, der ihnen 1922 bereits zugestanden worden war.

Wenigstens ein Teil des ehemaligen Absatzgebietes wäre der Ruhrkohle dadurch wieder für eine Konkurrenz eröffnet und es bliebe der Güte der Ware überlassen, ein weiteres zu tun. Die **Schiffahrt hätte wieder Beschäftigung, die Umschlagseinrichtungen könnten wieder in Betrieb genommen werden.** Die Reichsbahn selbst hätte lediglich Vorteile davon, da die Transporte oberschlesischer Kohle auf die heute gewohnten Entfernungen bis zu 1200 Kilometer der Reichsbahn nicht mehr die Selbstkosten einbringen, was sie ja auch bereits erkannt hat, indem sie ab **15. Mai** für weitere Entfernungen höhere Sätze in **Anrechnung bringt.**

Der Reichsbahn war nachgewiesen worden, daß die **Kohlentransporte ab Oberschlesien auf zu große Entfernungen unrentabel sind und Wasserumschlagstarife einen Ausgleich bringen würden, unter gleichzeitiger Hilfeleistung für Ruhrgebiet und Rheinschiffahrt.** Die Reichsbahn hat vorgezoggen, den Ausfall durch verteuerte Frachten wett zu machen, ohne den notleidenden Wirtschaftsgebieten und -zweigen zu helfen. Man könnte sagen, sie habe kaufmännisch gehandelt, wenn nicht der echte Kaufmann bei der Auswahl zweier Möglichkeiten, mit Rücksicht auf seinen alten großen Kunden — hier dem Ruhrgebiet — und seiner Agenten — der Schiffahrt als Zubringer — handeln würde. Denn die Berechnung der neuen Maßnahme gibt dem Ruhrgebiet, **trotz der erhöhtem Fracht ab Oberschlesien, noch nicht die Möglichkeit, die Konkurrenz aufzunehmen, verteuert aber oberschlesische Kohle in Süddeutschland,** woran der Verbraucher ein recht zweifelhaftes Interesse hat.

Auch ganz allgemein genommen ist das Interesse Süddeutschlands an der Versorgung mit oberschlesischer Kohle nicht groß. Kenner der Kohlenproduktion behaupten mit Recht, daß Oberschlesien heute zwar in der Lage sei, die Versorgung einigermaßen zu bewerkstelligen, doch beim Auftreten **geringster Unregelmäßigkeiten wird Süddeutschland ohne Kohle sein.** Der als Kohlentresor bezeichnete Platz **Mannheim,** aber auch die anderen Stapelplätze, wie **Karlsruhe, Kehl usw.** sind leer. Der Ruhrkohlenbergbau wird sich in seiner Förderung einschränken müssen und außer Stande sein, eine plötzlich eintretende Nachfrage zu befriedigen. Ebenso kann die Schiffahrt nach jahrelanger Unfähigkeit unmöglich die Transportmengen bewältigen, welche ihr zugemutet werden müßten. Die Eisenbahn kann solche Massentransporte nicht übernehmen, weil ihre Schienenwege und ihr Wagenpark für den bisherigen Zustand eingerichtet sind, wonach die Hauptkohlenmengen **zu Schiff** nach dem Süden gingen. Demzufolge ist es der Eisenbahn unmöglich, die Transporte allein durchzuführen.

Die Frage ist ungeheur ernst und ganz Süddeutschland muß sich über die Bedeutung klar werden. Die Versorgung der ehemaligen Hauptabsatzgebiete der Ruhr mit oberschlesischer Kohle droht uns **langsam aber sicher den Weg zur natürlichen Kohlenversorgung zu versperren.** Sie nimmt dem Ruhrgebiet und den Transporteinrichtungen die Leistungsfähigkeit, welche Süddeutschland braucht, wenn es die Stabilität seines wirtschaftlichen Lebens wieder erringen will.

Politische Neuigkeiten

Der Rücktritt Millerands gefordert

WTB. **Paris,** 30. Mai. **Der sozialistische Kongreß des Seinedepartements** hat, mit 1784 gegen 666 Stimmen die Beteiligung an der Regierung **abgelehnt.** Die Partei hat ferner eine Resolution angenommen und zwar einstimmig, worin erklärt wird, der Präsident der Republik **Millerand,** der sich zugunsten der Kräfte der Reaktion an dem öffentlichen Kampf beteiligt habe, habe dadurch die Pflichten seiner Stellung verkannt. Die parlamentarische Kammergruppe werde deshalb aufgefordert, jedem Ministerpräsidenten die Stimme zu verweigern, der sein Amt aus den Händen **Millerands** empfange.

Es haben sich gestern noch weitere sozialistische Föderationen mit der Frage der Beteiligung an der Regierung beschäftigt. Die wichtige Vereinigung des Norddepartements hat sich gegen die Beteiligung ausgesprochen, aber erklärt, daß sie eine radikale Regierung unterstützen werde, wenn diese die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas und damit auch die Erlangung der Reparationen, die man von Deutschland gerechterweise fordern könne, sicherzustellen in der Lage sei. Auch die Vereinigung des Departements Charente-Inferieur hat sich für die Beteiligung an der Regierung erklärt, unter der Bedingung, daß der Präsident der Republik, Millerand, demissioniert.

Der geschäftsführende Ausschuß des **republikanisch-sozialistischen Blocks** des Loiredepartements hat gestern in St. Etienne eine Tagesordnung angenommen, in der die Demission des Präsidenten der Republik, **Millerand,** vor der Konstituierung des neuen Ministeriums verlangt wird.

*

WTB. **London,** 29. Mai. In einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der „Morning Post" erklärte **Herriot,** wenn in Deutschland eine deutschnationale Regierung ans Ruder käme, so werde er ihr klar machen, daß eine französische radikale Regierung sich **nicht** von ihr **einschüchtern** lasse. Die französische **Besetzung des Ruhrgebiets** beeinträchtige in keiner Weise die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Einen Zeitpunkt, an dem die Zurückziehung der französischen Truppen erfolgen wird, könne er nicht nennen — dem Berichterstatter des gleichen Blattes erklärte der Senatspräsident **Doumergue,** wenn Deutschland seine Unterschrift nicht anerkennen wolle, so hätten seine Gläubiger jetzt Pfänder von genügender Bedeutung in der Hand, um es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen.

Ein kritischer Tag für die Regierung Macdonald

war der gestrige Donnerstag. Die englischen **Konservativen** machten einen Generalsturm gegen das Kabinett mit einem im **Unterhaus** eingebrachten Antrag auf Herabsetzung des Gehalts des Arbeitsministers um 100 Pfund Sterling zum Zeichen des Tadels. Der Antrag wurde jedoch mit 320 gegen 252 Stimmen **abgelehnt.** Die Beratung über den Etat des Arbeitsministeriums wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Macdonald gab in der Aussprache deutlich zu verstehen, daß die Regierung die **Auflösung** des Hauses beantragen würde, wenn sie eine Niederlage erleiden würde.

Der Konservative Sir Robert **Horne,** der die Debatte eröffnete, sagte u. a., das große Arbeitslosenproblem sei noch ungelöst. Die Zahl der Arbeitlosen belaufe sich immer noch auf über 1 Million. Die Regierung sei nur am Ruder wegen der Versprechen, die sie bei den letzten Wahlen gemacht, und die sie nicht gehalten habe. Es herrsche Übereinstimmung darüber, daß das sozialistische Programm keine unmittelbare Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit bringe. — **Macdonald** erklärte: Die Konservativen hätten diese Frage nur als Parteifrage aufgeworfen, ohne die Absicht, zur Lösung des Problems beizutragen. Das einzige, was wirklichen Wert habe, sei eine normale Lage des Handels. Zur liberalen Linken gewandt, betonte Macdonald, daß die Regierung unermüdlich für den Freihandel eingetreten sei. Der Premierminister schloß, wenn die Opposition glaube, daß sie durch Regierungswechsel und durch Neuwahlen im gegenwärtigen Zeitpunkt Europa und England ebenso nützen könne, wie er selbst, dann möge sie ihm eine Niederlage zufügen. Wenn das Haus heute abend das Mißtrauensvotum annehme, so könne er der Opposition versichern, daß er sein Bestes tun werde, um ihr im Wahlkampf gegenüber zu treten. — Der Liberale **William,** der nach Macdonald sprach, erklärte, der Premierminister habe keine Politik zur Abwendung der Arbeitslosigkeit entwickelt. — **Asquith** teilte mit, die Liberalen seien bereit, der Regierung weiter die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitslosenpolitik zu entwickeln, aber ihre Bereitwilligkeit, der Regierung noch eine weitere Frist zu gewähren, sei davon abhängig, daß die Weiterberatung vertagt werde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Schiedsspruch im Bergbau für verbindlich erklärt

Nachdem der unter dem Vorsitz des Schlichters des Reichsarbeitsministeriums gefällte **Schiedsspruch** vom 27. Mai d. J. über die Arbeitsstreitigkeiten im **Ruhrkohlenbergbau** vom Zechenverband und einem Teil **der** Arbeitnehmerverbände **nicht angenommen** worden ist, hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch unterm 29. Mai von amtswegen **für verbindlich erklärt**, da dies als der einzige Weg erscheint, um die im Interesse der Volkswirtschaft erforderliche sofortige Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrbergbau herbeizuführen.

Nach dem Schiedsspruch gilt hinsichtlich des Rahmentarifvertrags der Schiedsspruch vom 16. Mai 1924. Die **Mehrarbeit** wird, von einigen Aenderungen abgesehen, gemäß dem Schiedsspruch vom 16. Mai 1924 geregelt. Der Tarifschichtlohn für Hauer wird gegenüber dem Aprillohn im Mai um 15 Prozent, ab 1. Juni um weitere 5 Prozent des Aprillohnes erhöht. Die übrigen Löhne ändern sich entsprechend. Diese Regelung geht bis zum 30. September 1924 und kann von diesem Zeitpunkt ab mit zweimonatiger Frist erstmals für den 30. November 1924 gekündigt werden.

Die Handhabung des Versammlungsverbots

In einer Besprechung, die kürzlich auf Einladung der **Reichsregierung** zwischen dem Reichsminister des Innern und den **Vertretern der Länder** über die einheitliche Handhabung des **Versammlungsverbotes** stattfand, kam man zu dem Ergebnis, daß bis auf weiteres alle Kundgebungen, auch wenn sie an sich einwandsfrei und durchaus unpolitisch sind, **auf geschlossene Räume verwiesen werden müssen.** Ausnahmen können nur in besonderen Fällen zugelassen werden, wo es sich um wirkliche überparteiliche Kundgebungen oder um solche rein örtlicher Art handelt, bei denen Störungen von vornherein ausgeschlossen sind.

Kurze Nachrichten

Keine Personalveränderungen im besetzten Gebiet. Die „Pfälzische Rundschau" veröffentlicht folgende Bekanntmachung der **interalliierten Rheinlandskommission:** „Aus Meldungen rechtsrheinischer Blätter haben gewisse Zeitungen des besetzten Gebietes berichtet, daß verschiedene Oberdelegierte der französischen Zone in Bälde abdanken und daß diese Personalveränderung durch die Neuorientierung der französischen Politik im Rheinland notwendig geworden seien. Diese Nachrichten sind absolut unzutreffend."

Einigung im englischen Bergbaukonflikt. Die Konferenz der Bergarbeiter hat, wie aus **London** gemeldet wird, den Kompromißvorschlag der Grubenbesitzer angenommen.

Unruhen in Saloniki. Nach einer Havasmeldung aus **Saloniki** kam es infolge der Aussperrung der Arbeiter einer Tabakfabrik zu Unruhen, wobei **37 Arbeiter getötet** und 3 Soldaten verwundet worden seien.

Die beiden japanischen Kammern haben einen Protest gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz angenommen. — Wie der „Newyork Herald" aus **Washington** meldet, ist der Protest der japanischen Regierung dort angekommen, aber noch nicht entchiffriert. Die **Beunruhigung** der politischen Kreise über die Lage in Japan hält an. In der Oeffentlichkeit sei die Stimmung noch immer erregt.

Badischer Teil

Der badische Staatspräsident zur neuesten Besoldungsregelung

In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags machte Staatspräsident Dr. **Köhler** zu der neuesten Regelung der Beamtenbesoldung durch das Reich u. a. folgende Ausführungen:

Die vom Reichsfinanzministerium unterm 24. Mai vorgenommene Besoldungsregelung ist als Ganzes absolut unhaltbar. Sie ist im bewußten Gegensatz zu der Auffassung fast sämtlicher Länder zustandegekommen und stellt den Höhepunkt einer bestimmten Wirtschaft im Reiche dar. Auf Grund einer im Dezember 1923 — übrigens im Gegensatz zu der Meinung Badens — erteilten Ermächtigung schritt das Reichsfinanzministerium zu einer selbstherrlichen Regelung der Besoldungen in einer Art und Weise, die für weite Teile der Beamtenschaft -- gelinde gesagt — einfach untragbar ist. Die Länder, auf die sich diese Regelung naturgemäß doch auch auswirken muß, sind bei der Regelung beiseite geschoben worden. „Zur Besprechung von Besoldungsangelegenheiten" rief man in der letzten Woche ihre Vertreter rasch nach Berlin, um sie dort vor vollendete Tatsachen zu stellen. Alle Einsprachen halfen nichts, zu einer Abstimmung kam es überhaupt nicht. Man hatte zu große Eile. So war am 24. Mai die Reichsratssitzung, in der fast alle Länder gegen die Neuregelung protestierten, dann Sitzung des Reichskabinetts, dann unterzeichnete der Reichsfinanzminister die Verordnung in Heidelberg, die auch noch am selben Tage im Reichsbesoldungsblatt gedruckt und veröffentlicht erschien! Man sieht, das Reichsfinanzministerium kann sehr schnell arbeiten. Die Länder aber stehen jetzt vor der Notwendigkeit, die in ihrem Gesamtaufbau gegen ihren Willen zustandegekommene Neuregelung übernehmen zu müssen. Denn eine schlechtere Behandlung der Landesbeamten wäre in keiner Weise tragbar. Wie der Mehraufwand von den Ländern aber gedeckt werden soll, darüber macht man sich im Reichsfinanzministerium in Berlin keine Sorge. Man erklärt nur kategorisch, daß den Ländern neue Einnahmequellen vom Reiche nicht überwiesen werden können.

Eine derartige Politik des Reiches gegenüber den Ländern ist nicht mehr länger tragbar. Sie mag dem **Buchstaben** irgend einer Verordnung entsprechen, sie wird aber in keiner Weise der Stellung der Länder im Rahmen des Reiches gerecht.

Was nun tun? Den oberen Besoldungsgruppen der Landesbeamten in Baden die Bezüge, die im Reiche festgesetzt sind zu kürzen, halte ich persönlich für **nicht** angängig; neben anderm verlangt schon ihre finanzielle Not die Gleichstellung mit den Reichsbeamten. Aber für ebenso untragbar halte ich es, die untern Besoldungsgruppen mit den Aufbesserungen abzuspeisen, die das Reichsfinanzministerium bewilligt hat. Denn diese „Erhöhungen" sind einfach unhaltbar; darüber hilft auch alles Jonglieren mit Prozentzahlen und dergleichen nicht hinweg. Wenn z. B. in den Gruppen I, II und III die Grundgehälter jetzt um ganze 156 M., 174 M., und 192 Mark jährlich erhöht werden, so ist hier nur der stärkste Protest am Platze. Von was sollen denn die armen Menschen leben, die in diese Gruppen eingereiht sind, für die Brot, Gemüse und alle sonstigen Lebens- und Genußmittel, Kleidungsstücke usw. doch dasselbe kosten wie für andere Leute! Ist es denn wirklich am Platze, die Spannung zwischen den Endgehältern der Gruppe I und XIII so weit auseinanderzureißen, wie jetzt, wo der Endgehalt der Gruppe I 1068 M. und derjenigen der Gruppe XIII 9600 M. beträgt? Der badische Gehaltstarif von 1908 hatte in denselben Gruppen eine Spannung von 1400 M. zu 8200 M. Baden hat auf meine Weisung auch im Reichsrat eine stärkere Erhöhung der Bezüge der untern Gruppen verlangt. Einer Erhöhung der Bezüge der unteren Gruppen durch das Land steht allerdings das Besoldungssperrgesetz entgegen. Aber die Frage ist doch, ob die Ungerechtigkeit der jetzigen Regelung in ihrer Wucht nicht so stark ist, daß sofortige Abhilfe unumgänglich notwendig ist. Ich habe mich bis jetzt nicht entschließen können, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, die in der schematischen Übernahme der Reichsregelung das Unrecht gegenüber den untern Besoldungsgruppen auch auf die Landesbeamten überträgt. Wenn der Reichstag nicht schleunigst eingreift, so wird es aber doch Sache der Länder sein, hier nach dem Rechten zu sehen. Ich habe bereits am letzten Sonntag persönlich beim Herrn Reichskanzler gegen diese Behandlung von Besoldungsfragen durch das Reichsfinanzministerium protestiert.

Wie allerdings der Gesamtaufwand für die Erhöhungen gedeckt werden soll, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen. Unsere Reserven sind zur Balanzierung des Etats bereits herangezogen. Höhere Einkommensteuerüberweisungen können doch wohl nur einen Bruchteil des Mehraufwandes decken, abgesehen davon, daß die immer stärker werdende Wirtschaftskrise natürlich auch das Steueraufkommen ungünstig beeinflußen wird — nicht nur bei der Einkommensteuer, sondern auch bei der staatlichen Gewerbesteuer. Ein namhafter Betrag des Aufwands muß durch neue Steuern gedeckt werden, sei es dadurch, daß das Reich den Ländern weitere Steuereinnahmen überweist oder durch Anziehen der Steuern in den Ländern. All diese Fragen sind noch durchaus ungeklärt; aber trotzdem traf das Reich einseitig seine Entscheidung.

Das Schicksal der Paraquay-Siedlung „Neu-Karlsruhe"

Wir hatten in unserer Zeitung in der letzten Zeit gestützt auf zuverlässige amtliche Informationen immer und immer wieder vor Massenauswanderungen nach Südamerika, insbesondere nach **Paraquay**, aufs eindringlichste gewarnt. Leider sind diese Warnungen nicht genügend beachtet worden. Ende Februar hatte eine Gruppe von Auswanderern, die sich dem mit großer Propaganda inszenierten Auswanderungsunternehmen „Neu Karlsruhe" angeschlossen hatte, von Pforzheim und Karlsruhe die Ausreise nach Südamerika angetreten. Den Auswanderern waren von den Leitern der Siedelungsgesellschaft die größten Versprechungen gemacht worden. Alles sollte aufs beste vorbereitet sein; von dem angeblich zugewiesenen Stück Land waren sogar schon Zeichnungen vorhanden, auf denen Anlage und Anbauarbeit dargestellt waren.

Als diese erste Auswandergruppe in Buenos-Aires ankam, mußte sie aber die hier immer vorausgesagte, bittere Enttäuschung erleben. Wie der Verein zum Schutz germanischer Auswanderer in Buenos-Aires dem deutschen Auslandsinstitut mitteilt, haben die Auswanderer auf dringendes Anraten ortsansäßiger landwirtschaftlicher Sachverständiger den Ansiedelungsplan für Paraquay aufgegeben, da es an günstigem Siedelungsland fehlte und auch noch keine sonstigen Vorbereitungen getroffen waren. Die Abreise einer weiteren bereits auf den Weg gebrachten größeren Auswanderergruppe von 300 Personen hat sich leider nicht mehr verhindern lassen, was die Mitglieder der vorbereitenden Kommission gegenüber der deutschen Gesandtschaft in Buenos-Aires sehr bedauerten, nachdem sie sich von der Lage an Ort und Stelle persönlich überzeugt hatten. Sie gaben an, zu der überstürzten Auswanderung lediglich durch irreführende Mitteilungen verleitet worden zu sein.

Die Auswanderer haben sich nun entschlossen, in Argentinien zu bleiben. Aber für eine Ansiedelung in diesem Lande sind natürlich noch nicht die ersten Vorbereitungen getroffen. Inzwischen werden die Auswanderer wohl genötigt sein, um ihr Leben zu fristen, das Geld, das sie aus dem Erlös ihres Hab und Gut in der Heimat gewonnen hatten, in der sehr teueren argentinischen Hauptstadt anzugreifen und vielleicht zum größten Teil aufzubrauchen, so daß ihnen später das unbedingt notwendige Betriebskapital fehlt.

Das Schicksal dieses Auswanderungsunternehmens „Neu Karlsruhe" ist wieder eine sehr ernste Warnung für alle Auswanderungslustigen, derartigen Unternehmungen auch wenn sie mit weitgehendsten Versprechungen und angeblich besten Unterlagen ihre Propaganda betreiben, mit der größten Vorsicht zu begegnen. Für Massenauswanderungen nach Südamerika sind die dortigen Verhältnisse, nach Ansicht aller Sachverständigen zur Zeit die denkbar ungünstigsten. Es kann daher nur noch einmal dringend vor solchen Auswanderungen gewarnt werden.

Die Mannheimer „Arbeiterzeitung"

scheint ihren Kampf gegen die Polizei unentwegt fortsetzen zu wollen. Daß sie dabei weiterhin unbewiesene und völlig unhaltbare Behauptungen ins Treffen führt, nimmt nach den bisherigen Leistungen des Blattes nicht wunder. So behauptet die „Arbeiterzeitung" neuerdings in ihrer Nr. 60, die Polizei habe während der Aussperrung der Metallarbeiter in Mannheim einerseits Flugblätter der revolutionären Betriebsräte beschlagnahmt und Plakate dieser Betriebsräte entfernt, auf der andern Seite aber hätten die Metallindustriellen „ohne polizeiliche Genehmigung" ihre Plakate anschlagen lassen. Es sei also auch hier der Beweis erbracht, daß zwischen den kämpfenden Arbeitern und den Metallindustriellen mit zweierlei Maß gemessen werde.

Eine genaue Nachprüfung dieser Vorwürfe hat keinerlei Anhaltspunkte für die Behauptung einer unterschiedlichen Behandlung der streikenden Arbeiter und der Industriellen ergeben. Beide Parteien sind nach dem straßenpolizeilichen und preßgesetzlichen Vorschriften mit strenger Objektivität behandelt worden.

Wie sehr es der „Arbeiterzeitung" darauf ankommt, mit derartigen Notizen gegen die Polizei Stimmung zu machen, zeigt eine andere Notiz in der Nr. 61 des Blattes. Es wird dort unter der charakteristischen Überschrift „Gefängnisstrafen für Gummiknüppelhelden" ein weitschweifiges und mit den üblichen Seitenhieben auf die angebliche „Prügelkultur" der Polizei versehener Bericht über eine Gerichtsverhandlung gebracht, in der zwei Polizeibeamte verurteilt wurden, weil sie nach dem Bericht der „Arbeiterzeitung" einen Wachtmeister mißhandelt hätten. Man frägt sich, warum die „Arbeiterzeitung" diesem Falle soviel Aufmerksamkeit schenkt, der sich nicht etwa in Baden — sondern — in Berlin ereignet hat. Der Grund liegt auf der Hand. Gibt doch auch dieser Bericht Anlaß, die Polizei in ungünstigem Licht erscheinen zu lassen. Man braucht auf den Fall wirklich nicht einzugehen, muß aber doch sagen: es ist mehr als bezeichnend, daß die „Arbeiterzeitung" ihr Material für die Stimmungsmache gegen die Polizei so weit her beziehen muß!

Die Bedeutung des Südwestdeutschen Handels- und Industrietags in Basel

Mit der Tagung wurde wie die „Neue Bad. Landeszeitung" schreibt ein vielversprechender Versuch gemacht, wieder über die Landesgrenzen hinaus, besonders den Nachbarländern persönliche und wirtschaftliche und kulturelle politische und gesellschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, wie dies in Basel von der Messeleitung schon mit dem Elsaß geschehen. Die **südwestdeutschen Handelskammern aus Württemberg und Baden** waren vollzählig vertreten, ferner Frankfurt, Saarbrücken. Man sah Persönlichkeiten, wie Lenel, Vögele, Spielmeyer, Jaeger (Fendel) aus Mannheim, v. Arndt-Weinheim, wie Kollmar aus Pforzheim, Himmelsbach, Gütermann, Schuster von Freiburg; von Karlsruhe: Nicolai, Wolff, Elias, Kommerzienrat Heidlauff-Lahr, Kauffmann-Stuttgart, Nörpel-Ulm, ferner fast die ganze Industrie und Wirtschaft des Wiesentals und Rheintals. Aus Frankfurt waren von der Messe Stadtrat Landmann und Direktor Sutter, neben Prof. Trumpler von der Handelskammer herbeigeeilt, die **Presse** war über den Bezirk Südwestdeutschland und der Schweiz hinaus von Köln bis München vertreten — die Basler Zeitungen brachten Sondernummern —, besonders stark auch **Regierungskreise:** der deutsche Gesandte Minister Dr. Müller, der Generalkonsul in Zürich Exzellenz Reinboldt mit seinem Stabe, das Konsulatskorps von Basel, der badische Minister Hellpach anstelle des im letzten Augenblick durch eine Reise nach Berlin verhinderten Staatspräsidenten, Staatsrat van Eyck, und Ministerialrat Frech, vom württembergischen Arbeitsministerium Ministerialrat Kälin, fast die ganze Basler Regierung und zahlreiche wirtschaftliche Verbände von Südwestdeutschland und der Schweiz.

In vertraulichen Besprechungen wurden Kreditfragen, Ein- und Ausfuhrverbote, Verkehrssperren, Handelsvertragsverhandlungen erörtert. Die Haupttagung begann mit einem Besuch der **Messe**, die heute noch eine national-schweizerische ist, bei dem internationalen Charakter Basels aber wohl in absehbarer Zeit auch diesem Rechnung tragen dürfte. Fast die Hälfte der Einkäufer aus dem Ausland sind **Deutsche**, ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz wieder engere geworden sind, als man im Zeitalter der Grenzsperren noch vor kurzem glaubte.

Das neue **Meßgebäude** macht mit seinen weiten Hallen, seinen zahlreichen, auch in der Reklamekunst geschmackvoll ausgestatteten Ständen einen vorzüglichen Eindruck. Für die Mannheimer war es zugleich schmerzlich und anfeuernd, daß die im Herbst erst auf dem Gelände des alten Bahnhofs abgebrannte Messe bereits im Mai in schöneren Bauten wieder neu erstand.

Dann gings zum ehrwürdigen **Rathaus**, wo in dem prachtvollen Großratssaal eine **Kundgebung** stattfand, die sich nur mit nur mit derjenigen vergleichen läßt die vor 6 Jahren die südwestdeutschen Handelskammern im Frankfurter Römer abhielten. Das Tagespräsidium bildeten Direktor Derksen (Kaisers Kaffee-Geschäft) Basel, Präsident Lenel-Mannheim, Kommerzienrat Kauffmann-Stuttgart, Prof. Trumpler-Frankfurt a. Main, als Schriftführer Dr. v. Napolski-Zürich und Dr. Maier-Schopfheim. (Über den Verlauf der Kundgebung haben wir schon berichtet).

Ein Teil der Teilnehmer folgte einer Einladung der Basler Handelskammer und des Messeamts zum Mahle in der Schlüsselzunft. Der Handelskammer-Präsident von Basel, Dr. **Sarasin**, begrüßte, in eigene Erinnerungen an die monarchistische Vergangenheit Deutschlands sich ergehend, die deutschen Teilnehmer, zu denen noch der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Rothe, und der Direktor des Leipziger Meßamts, Dr. Köhler, gestoßen waren. Weitere Ansprachen hielten vom Messevorstand Herr Müry-Ditschi und Herr Emelins, für die Gäste antwortete Präsident Lenel-Mannheim, auf die Äußerung Dr. Sarasin's anspielend, daß die Schweiz schon jenseits des Grabens von Jahren angelangt sei, die Deutschen wären zufrieden, daß sie wenigstens die Sohle dieses Grabens erreicht hätten.

Zahlreiche **Einzelbesprechungen** mit Behörden usw. schlossen sich an, die der Hoffnung Ausdruck gaben, daß die Passiva der Schweiz, die deutsche Ausreisegebühren und die Ein- und Ausfuhrverbote baldigst fallen möchten.

Am Abend wurde durch ein **Bankett** eine Verbindung hergestellt, zugleich mit dem unter der Aegide Johann Peter

Hebels und Hermann Burte: stehenden Schwarzwälder Ball, bei dem die Markgräfler Hebel-Musik und Markgräfler Bevölkerung in Trachten auftrat und die alten, engen, verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Basel und dem Nachbarlande in Poesie und Prosa anerkannte. Beim Bankett begrüßte der Regierungspräsident von Basel Dr. **Miescher**. Während er die Deutschen als Ausländer ansprach, äußerte ein späterer Schweizer Redner, **Dr. Traugott Geering**, ein Schüler Jakob Burckhardts und Nietzsches, früher Sekretär der Basler Handelskammer, eine Wärme der Gefühle, die die Deutschen aufs herzlichste anmutete und die man in der Schweiz kaum noch gewohnt ist. Minister **Hellpach** sprach über „Die Wirtschaft ist das Schicksal", nachdem am Morgen Prof. Blaustein über die Bedeutung der Landschaft als Schicksal Ausführungen gemacht hatte, Direktor Otto Ernst **Sutter**-Frankfurt in alemannischem Dialekt.

Aus allen Erörterungen und Stimmungen ging hervor, daß die Deutschen wieder im Ausland Ansehen gewonnen haben, daß sie aber in der Hauptsache **sich selber** werden helfen müssen, wobei es allerdings von Vorteil ist, wenn die **Stimmung** des Auslandes über uns ein **wahreres** Bild erhält, als es vielfach bis jetzt der Fall war. Es ist anzunehmen, daß die Besprechungen nicht mit der Tagung beendet sind und daß sie sich auch nicht nur auf die Beziehungen Südwestdeutschlands und der Schweiz beschränken werden.

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuß Heidelberg bewilligte den **Umbau des** alten Stadttheaters. Die Polizeidirektion hatte ernste Bedenken gegen die Sicherheit der bisherigen Anlage erhoben. Durch den Umbau, der sofort nach Schluß dieser Spielzeit in den nächsten Wochen beginnen soll, wird nicht nur die Feuersicherheit des Theaters wesentlich erhöht, sondern es wird auch ein Zuwachs von insgesamt 115 Sitzplätzen erreicht. Die Stadtverwaltung hofft, daß durch den Umbau der Theaterbetrieb wieder zu der Höhe erhoben wird, die der Bedeutung Heidelbergs als Universitätsstadt und damit als Pflegestätte deutscher Kultur entspricht. Die Baukosten belaufen sich auf 200 000 Goldmark. Sie sollen teilweise durch **Anteilscheine von Theaterfreunden** aufgebracht werden, wofür die Stadt auf die Dauer von drei Jahren die Bürgschaft für eine 15prozentige Verzinsung übernimmt.

Fremdenverkehr in St. Blasien. Der Gemeinderat in St. Blasien hat in seiner letzten Sitzung auf Vorschlag der Kurkommission die Fremdenabgabe vom 1. Juni ab neu festgesetzt, ebenso die Preise für die Kurkarten, sowohl für Einzelpersonen, wie auch für ganze Familien. Dem Vorschlag der Kurkommission, der sog. Schönen Aussicht auf dem Pulverhäuslekopf in Anerkennung der Tätigkeit des Oberamtmanns Heß für den Kurort die Bezeichnung „Heß-Ruhe" beizulegen, wurde zugestimmt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Kölner Männergesangverein ist auf der Heimkehr von seiner Schweizerreise am Mittwoch in Baden-Baden angekehrt und hat dort unter dem Jubel des Publikums im Kurgarten gesungen. Am Himmelfahrtstage, abends 7 Uhr, brachte der Sonderzug die erfolgreichen Sänger nach der Landeshauptstadt, wo sie von der befreundeten Karlsruher „Liederhalle" mit dem badischen Sängergruße empfangen wurden. Die beiderseitigen Vorstände hielten kurze Ansprachen, worauf es durch das Spalier einer zahlreichen Menschenmenge über den Bahnhofplatz zum Stadtgarten ging. Beim Schwarzwaldhaus erfolgte die offizielle Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr. **Finter**, welcher die große Freude der Karlsruher über den Besuch der Kölner zum Ausdruck brachte. Seine Rede war ein Preis des deutschen Liedes und getragen von der hohen Wertschätzung für die wackeren Bewohner des besetzten Gebietes. Auch die Spitzen des Karlsruher Sängergaues und der Karlsruher Sängervereinigung entboten ihre Willkommgrüße. Um 8 Uhr begann das von der Stadtverwaltung zu Ehren der Gäste veranstaltete und außerordentlich stark besuchte Gartenfest mit Feuerwerk. Den gesanglichen und musikalischen Teil bestritten die „Liederhalle" und die Harmoniekapelle. Die Kölner waren fortgesetzt Gegenstand herzlicher Ovationen. Das treue Bekenntnis zum Deutschtum fand seinen äußeren Ausdruck durch das von der Menge gesungene Deutschlandslied.

Landestheater. Das „Kätchen von Heilbronn" oder „Die Feuerprobe" von Heinrich von Kleist, das neueinstudiert am Samstag, den 31. Mai zum erstenmal in Szene geht, gehört zu denjenigen Dramen der Weltliteratur, die inbezug auf ihren hinter der äußeren Handlung vermuteten eigentlichen ethischen Sinn und die Psychologie ihrer Hauptfiguren besonders wieder in neuerer Zeit Gegenstand tiefbohrender Deutungen geworden sind. Es darf dazu mindestens gesagt werden, daß die Dichtung, wenn man sie lediglich, weil sie sich selbst so nennt, als ein „romantisches Ritterschauspiel" der damit gewöhnlich bezeichneten Gattung zuweist, nicht gewürdigt ist. In diesem Kätchen, das ihrem „hohen Herrn" in selbstvergessener, hingebendster Liebe folgt, ist am Ende doch etwas mehr dargestellt, als ein Sonderfall pathologischer Erotik. Das Schicksal des schlichten Bürgerkindes, das, mit traumwandlerischer Sicherheit dahinschreitend, unbekümmert um Spott und Schimpf seiner inneren Stimme gehorsam bleibt, bis einer törichten Welt durch den ihrem Verstande einleuchtenden Beweis „kaiserlicher" Abkunft die **Ebenbürtigkeit seiner** kindlich-magdlichen Seele beglaubigt erscheint, ließe sich sehr wohl als ein Symbol von zeitloser Gültigkeit auffassen: die Tragik dumpfer Gebundenheit an Vorurteil und überkommmene Satzung wird überwunden durch befreienden Humor weltüberlistender Ironie, die menschlichen Wahn mit seinen eigenen Prämissen lachend niederringt. Hiernach das Irreale, das Märchenhafte stark zu betonen und die dem Stoff anhaftende Schwere aufzulösen in einem Spiel naturhaft-derben Frohsinns und heiterer Anmut, das dürfte der „Ritterromantik", wie sie des Dichters Auge durchschaute, angemessener sein, als klirrendes Pathos und heroische Pose. Die Neuinszenierung Felix Baumbachs sucht diesem Gedanken in noch höherem Maße bühnengemäßen Ausdruck zu geben, als die traditionelle Auffassung bisher zuließ.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Freiburg**, 29. Mai. (**Jugendtag.**) Für den heutigen Himmelfahrtstag war der Freiburger Jugendtag und der große Staffellauf angekündigt. Alle Sport- und Leibesübungen treibenden Vereine der Stadt sowie der erste badische Reiterverein in Müllheim hatten sich in den Dienst der Sache gestellt. Der grüne Rasen des Freiburger Exerzierplatzes mit seinem herrlichen Gebirgspanorama bot somit ein unvergleichlich schönes, sportbewegtes und farbenreiches Bild. Nach Abwicklung des überaus reichhaltigen Programms ging es in geschlossenem Zug zu dem historischen Münsterplatz zur Preisverteilung, die, um dem Fest einen offiziellen Anstrich zu geben, von Oberbürgermeister Dr. **Bender** vorgenommen wurde, wie sich überhaupt zu dem Fest die Spitzen des Staates und aller städtischen Behörden zahlreich eingefunden hatten. Nach der Siegerehrung zogen die Vereine geschlossen in ihre Vereinsheime, um der am Abend im Stadttheater stattfindenden Festaufführung beizuwohnen. Nach der Festvorstellung stellte sich vor dem Stadttheater ein Fackelzug auf, der zum Gedächtnis der Gefallenen veranstaltet war.

DZ. **Wittlekofen** (Amt Waldshut), 28. Mai. Hier hat sich eine Theatergemeinchaft zusammengeschlossen, die auf der **Freilichtbühne Burg Steinega**, obere Ruine der Roggenbacher Schlösser, zunächst das historische Bühnenspiel „Rosa von Roggenbach-Tannenburg" zur Aufführung bringt.

Stuttgart, 29. Mai. Heute nachmittag fand unter Beteiligung von Vertretern des Reichs, der Länder, der Stadt Stuttgart, sowie verschiedener Organisationen, deutscher Missionsgesellschaften usw. die feierliche **Grundsteinlegung zum Hause des Deutschtums** statt. Es wurden eine Reihe von Ansprachen gehalten, zunächst vom Vorsitzenden des Deutschen Auslandsinstituts, Generalkonsul **Wanner**. Für die württembergiche Regierung sprach Staatspräsident **Rau**. Die Reichsminister Dr. Stresemann und Jarres hatten sich telegraphisch entschuldigt. An Stelle des Außenministers sprach Legationsrat Dr. **Söhring**. Die preußische Regierung kam durch Kultusminister **Boelitz**, die bayerische durch Staatsrat Dr. **Hauptmann**, die badische durch Minister Dr. **Hellpach** zu Wort. Zum Schluß sprach Staatssekretär a. D. **Hintze**. Durch alle Reden klang der ungebrochene Wille des deutschen Volkes zu nationaler Einheit, zur staatlichen Freiheit und neuem Aufstieg hindurch. — Das „Haus des Deutschtums" wird vom **Deutschen Auslandsinstitut** mit reger Unterstützung des württembergischen Staates und des Auslandsdeutschtums in verschiedenen außerdeutschen Gebieten erstellt und soll in erster Linie den Zwecken dieses Instituts dienen, das in diesen größeren Räumen von seiner Arbeit noch wesentlich fruchtbarere Auswirkungen erhofft.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen
in Millionen Mark

	30. Mai		28. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam . .	1 575 100	1 592 900 ^{40}	1 576 000	1 584 000 ^{30}
Kopenhagen .	711 200	714 800 ^{100}	708 200	711 800 ^{100}
Italien . . .	184 500	185 500 ^{100}	185 500	186 500 ^{100}
London . . .	18 205 000	18 295 000 ^{60}	18 255 000	18 345 000 ^{10}
Newyork . . .	4 190 000	4 210 500 ^{10}	4 190 000	4 210 500 ^{4}
Paris	218 400	219 600 ^{100}	224 400	225 600 ^{100}
Schweiz . . .	739 100	742 900 ^{100}	743 100	746 900 ^{100}
Prag	124 350	125 150 ^{100}	123 950	124 550 ^{100}
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 ^{100}	59 300	59 700 ^{100}

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 27. Mai 1924 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 95 Shilling, bezw. für ein Gramm Feingold 36,6518 pence.

Abänderung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht. Die am 27. Mai im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Trendelenburg versammelten Vertreter der Spitzenverbände von Industrie, Banken, Handel und Handwerk, haben der Regierung gegenüber die gemeinsame Erklärung abgegeben, daß die **Verordnung über die Geschäftsaufsicht sofort einer Veränderung unterzogen werden muß**, die die Rechte der Gläubiger in entscheidendem Maße sicherstellt und einen Mißbrauch durch unredliche und die Wirtschaft schädigende Elemente ausschließt. Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes würde eine schwere unerträgliche Gefahr für die Wirtschaft bedeuten.

Staatsanzeiger

Vollzug der Verordnung über die Fürsorgepflicht, hier die Unterstützung hilfsbedürftiger Minderjähriger betr.

Anfragen aus einzelnen Bezirken geben mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

1. Durch das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 wurde für die hilfsbedürftigen Minderjährigen ausdrücklich eine Sonderfürsorge geschaffen. Der diese Frage regelnde Abschnitt V ist aufgehoben (Reichsverordnung über das Inkrafttreten des R. J. W. G. vom 14. Februar 1924 R. G. Bl. T. I S. 110), weil die Sorge für die hilfsbedürftigen Minderjährigen durch die Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (R. G. Bl. T. I S. 100) in die Sonderfürsorge des § 1 Abs. 1 unter Ziffer e aufgenommen war. Sie bildet also einen Zweig der von den Bezirksfürsorgeverbänden durchzuführenden Sonderfürsorge.

Die hilfsbedürftigen Minderjährigen wurden bisher auf dem Wege der Armenfürsorge versorgt und sind nunmehr durch die Bezirksfürsorgeverbände im Benehmen mit den die Armenfürsorge ausübenden Gemeinden aus dieser Gemeindearmenpflege herauszulösen und in eigene Fürsorge zu übernehmen.

In § 22 der Badischen Ausführungsverordnung zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 29. März 1924 ist im Hinblick auf die für Baden verfügte getrennte Organisation der Armenfürsorge und der Sonderfürsorgen insofern eine Ausnahme vorgesehen, als Minderjährige, die im Rahmen einer Armenunterstützung beziehenden Familie leben, auch weiterhin im Wege der Armenpflege zu unterstützen sind. Wird dagegen öffentliche Fürsorge nicht für die gesamte Familie, sondern nur für ein minderjähriges Glied dieser Familie erforderlich, z. B. Unterbringung in einem Krankenhaus, Krüppelfürsorge oder dergl., so tritt die Sonderfürsorge nach § 1 Abs. 1 e der Reichsverordnung über die Fürsorgenpflicht ein.

2. Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den Kreisen ist folgendes zu bemerken:

Kreisarmenkinder im Sinne des Begriffs landarmer Kinder gibt es seit der durch die Reichsverordnung vom 13. Februar 1924 erfolgten Aufhebung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz nicht mehr. Die vom Kreis im Wege der Armenpflege versorgten Minderjährigen sind daher unter Berücksichtigung des unter Ziffer 1) Gesagten insoweit durch den Bezirksfürsorgeverband zu übernehmen, als sie nicht nach § 22 der Bad. Ausführungsverordnung über die Fürsorgepflicht in Armenpflege verbleiben.

Hinsichtlich der Zuständigkeit gelten die §§ 7 ff, insbesondere § 8 und 9 der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht.

3. Soweit der Kreis über seine Verpflichtung als Landarmenverband hinaus Minderjährige versorgt — etwa die Unterbringung von Kindern in Pflegestellen oder Heilkuren oder Erholungsfürsorge selbst durchgeführt oder durch Zuschüsse gefördert hat —, handelt es sich um eine freiwillige Leistung die er weiter durchführen oder fallen lassen kann. Führt der Kreis diese Fürsorge weiter durch, so wird im Einzelfall Hilfsbedürftigkeit nicht mehr anzuerkennen, somit also ein Eingreifen des Bezirksfürsorgeverbandes nicht erforderlich sein.

Karlsruhe, den 24. Mai 1924

Der Badische Arbeitsminister
J. V.: Fuchs

Sonntagsrückfahrkarten

Anläßlich der Pfingstfeiertage werden die Sonntagsrückfahrkarten schon vom Freitag den 6. Juni, 12 Uhr mittags, an ausgegeben und deren Gültigkeit auf die Zeit vom Freitag, den 6. Juni, 12 Uhr mittags, bis zum Montag, den 9. Juni ausgedehnt. Innerhalb dieser Gültigkeitsdauer können sie zur Hin- und Rückfahrt ohne Beschränkung auf bestimmte Tage, also auch schon am Freitag oder Samstag benutzt werden.

Fahrplanänderungen.

Der Fahrplan der Baden-Baden — Mannheim — Berliner Nachtschnellzüge D 45 / D 46 wird wegeu der Vornahme von Umbauarbeiten auf den Ferngleisen der Berliner Stadtbahn **vom 3. Juni an** bis auf weiteres wie folgt geäudert: **D 45**, Charlottenburg an 8^{20}, Zoologischer Garten 8^{27}, Friedrichstraße 8^{43}, Alexanderplatz 8^{53}, Schlesischer Bahnhof an 8^{50} Vorm. **D 46** Schlesischer Bahnhof ab 8^{12}, Alexanderplatz 8^{20}, Friedrichstraße 8^{30}, Zoologischer Garten 8^{47}, Charlottenburg ab 8^{57}, Nachm. Im übrigen bleibt der Fahrplan unverändert.

In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni werden die Züge D 39 / D 94 / D 69, Frankfurt a. M. ab 8^{45}, Mannheim ab 10^{10}, Heidelberg ab 10^{45} Nachm. bereits im neuen Fahrplan abgefertigt. Auch der Flügelzug D 69, Karlsruhe ab 11^{10} Nachm. verkehrt am 31. Mai erstmals. (Ankunft in München am 1. Juni 7^{00} Vorm.). In München wird der Schnelleug D 56, ab 9^{30} Nachm. nach Frankfurt a. M., Mannheim und Karlsruhe (Straßburg) gleichfalls schon am 31. Mai erstmals abgelassen. Ferner verkehrt der Zug D 148 (Prag) Stuttgart — Straßburg (Paris), Stuttgart ab 12^{10} Vorm. in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni erstmals.

Badisches Landestheater.
Samstag, 31. Mai. 7—10½ Uhr. Sp. I M. 4.20.
Abonnement E 22.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101—6400, 7301—7400.
Neu einstudiert: **Das Kätchen von Heilbronn.**

Schuhwaren-Reklame-Verkauf mit 20 Prozent Rabatt
auf unsere billigen Grundpreise
Nur erstklassige Qualitäten vom einfachsten Arbeits-Stiefel bis zum besten Straßen-Stiefel
Kinder-Stiefel in allen Größen **Ia Sandalen und Hausschuhe**
Chr. Bock Nachf.
Kaiserstraße 52 KARLSRUHE Kaiserstraße 52

Druck G. Braun, Karlsruhe.